

Der Gewerker

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen

im allermerigsten
Großstädte, be-
nung, dauernd
Bund Mehl
hat beion-
en Kor-
feine auf-
tu.

Erscheint jeden Sonnabend.
Quartalsheftlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstands
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 5, Greifswalder Straße 22/23.

Anzeigen von Jolle:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Fremdenanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamen und Spedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Gesamtwort: Kurt Hagedorn, Nr. 23B.

Nr. 53/54.

Berlin, Sonnabend, 5. Oktober 1918.

Fünzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf! — Unser Verbandsjubiläum. — Der Arbeiterjahrgang in den Munitionsbetrieben. — Noch mehr Reichslose Wachen! — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Briefkasten. — Literatur.

Aufruf!

„Es wird das Jahr stark und scharf hergehn.
Aber man muß die Ohren steifhalten, und Jeder,
der Ehre und Liebe fürs Vaterland hat, muß
alles daran setzen.“ Dieses Wort Friedrichs des
Großen müssen wir uns mehr denn je vor Augen
halten. Ernst und schwer ist die Zeit, aber
weiterkämpfen und wirken müssen wir mit allen
Kräften bis zum ehrenvollen Ende. Mit voller
Wucht stürmen die Feinde immer aufs neue gegen
unsere Front an, doch stets ohne die gewollten
Erfolge. Angesichts des unaberrücklichen Helben-
tums draußen sind aber der Daheimgebliebenen
Kriegsleiden und Entbehrungen gering. An alles
dies müssen wir jetzt denken, wenn jetzt das
Vaterland zur 9. Kriegsanleihe ruft. Es geht
ums Ganze, um Heimat und Herd, um Sein oder
Nichtsein unseres Vaterlandes. Daher muß jeder
Kriegsanleihe zeichnen!

Unser Verbandsjubiläum.

Zweifellos hat es der Feier unseres Verbands-
jubiläums Antrag getan, daß es mitten in das
Loben des Weltkrieges fiel und noch dazu in eine
Zeit größter Hochspannung nicht nur an der
äußeren, sondern auch an der inneren Front. Und
doch können wir mit dem Verlauf zufrieden sein.
Nicht nur innerhalb unseres Verbandes hat man
sich der hohen Bedeutung des Festes bewußt ge-
föhlt, auch außerhalb unserer Gemeindefeit hat
man die Pionier- und Kulturarbeit der Deutschen
Gewerksvereine mit gebührender Anerkennung ge-
würdigt, wobei es naturgemäß nicht ausbleiben
konnte, daß hier und da ein gegenwärtiges Organ
auch einmal mit einem abfälligen Urteil auf dem
Plan erschien, daß es die Tatkraft und den Erfolg
der Deutschen Gewerksvereine herabzumindern
versuchte.

Eingeleitet gewissermaßen wurde die Jubi-
läumsfeier durch die Herausgabe der von unserem
Verbandsvorsitzenden verfaßten Festschrift:
„Fünzig Jahre Deutsche Gewerk-
vereine (Sirsch-Dunker)“, die in der
Lebenskraft weitgehende Beachtung und —
wieder mit bereits angeedeuteter Einschränkung —
freundliche Aufnahme gefunden hat. Die Festschrift
organe der einzelnen Gewerksvereine sind zum Teil
als Festnummern erschienen und haben nicht
nur in der Ausgestaltung, sondern auch im In-
halt dem wichtigsten Zeitpunkt gerecht zu werden
sich bemüht. Allenfalls im Reiche haben dem
Ereignis der Tage angemessene Feiertagsveranstaltungen
oder auch nur Versammlungen stattgefunden, in
denen zum Teil von der Verbandsleitung ent-
sandte Vertreter die Festrede hielten. Soweit die
uns bisher zugegangenen Berichte, auf deren Ver-
öffentlichung im Zeichen des Papiermangels leider
verzichtet werden muß, erkennen lassen, haben sich

diese Veranstaltungen in ihrer überwiegenden
Mehrzahl einer überaus zahlreichen, die Erwar-
tungen vielfach weit übersteigenden Beteiligung
zu erfreuen gehabt. Sie werden deshalb auch zur
Stärkung der Ueberzeugungstreue der Mitglieder
und zur Festigung ihres Willens, auch in der Zu-
kunft für die Verbreitung unserer Ideen energisch
einzutreten, ein gut Stück beitragen. In Berlin,
das als Sitz der Verbandsleitung besonders her-
vorgehoben sein möge, fanden am 18. September
in drei Stadtteilen sehr gut besuchte Feiertagsver-
sammlungen statt, denen sich am 28. September, dem
eigentlichen Gründungstage, im Verbandshaus
noch eine besondere Feier in sämtlichen Sälen an-
schloß. Am Vormittag war von Vertretern der
Verbandsleitung, denen sich Kollegen aus den ein-
zelnen Hauptvorständen zugesellt hatten, auf der
Grabstätte unseres verewigten Anwalts Dr.
Max Sirsch ein prächtiger Kranz als Zeichen
der Erinnerung und Dankbarkeit niedergelegt
worden.

Daß die Veranstaltungen fast durchweg einen
ausgezeichneten Verlauf genommen haben, be-
weist am besten die Berichterstattung der Tages-
presse, die überall, zum Teil recht ausführliche
Notizen darüber gebracht hat. Wir haben in
diesem Falle überhaupt, wie man zu sagen pflegt,
eine „gute Presse“ gehabt, da die Tageszeitungen
sich nicht auf die Berichterstattungsberichte bechrän-
kten, sondern ausführliche Aufsätze über das Wesen
und die Ziele unserer Organisation brachten, die
Sozialpolitiker, Parlamentarier usw. zu Ver-
fassungen hatten. Natürlic ist es auch nicht an
Wirkungen. Verschiedene sozialdemokratische Blät-
ter haben es sich nicht verweigern können, auch bei
dieser Gelegenheit ihr Gift gegen die Gewerk-
vereine zu verstreuen. Wir sehen daran mit ge-
bührender Achtung vorüber. Auch in der Presse
der freien Gewerkschaften finden sich vereinzelt
Rückfälle in die alten bösen Gewohnheiten.
Kamentlich hat es den betreffenden Verhältnissen
die anlässlich des Jubiläums natürlich besonders
hervorgehobene Tatsache angetan, daß die An-
schauungen der Deutschen Gewerksvereine mehr
und mehr sich in der Arbeiterbewegung durch-
setzen haben, daß sie Gemeingut der deutschen Ar-
beiterchaft überhaupt geworden sind. Das will
man auf freigeberkschaftlicher Seite nicht wahr-
haben; deshalb sucht man verächtlich mit
Witschen und Mäßen darüber hinwegzukommen.
Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission
der Gewerkschaften wärmt sogar den alten Kohl
wieder auf. Dr. Sirsch habe mit seiner Gründung
das politische Ziel verfolgt, die Arbeiter bei der
Fühne der Fortschrittspartei zu halten, und die
Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und
Arbeit verkündet. Beide Behauptungen sind un-
zählige Male als falsch erwiesen worden, so daß
es zwecklos wäre, wollten wir heute diesen Beweis
noch einmal erbringen. Bei der nächsten Ge-
legenheit würden jene den totschändlichen Verhält-
nissen widersprechenden Behauptungen doch wieder
aufgestellt werden. Deshalb lassen wir uns die
Gernaturung über den würdigen Verlauf unseres
Verbandsjubiläums nicht beeinträchtigen.

Nun aber sind die Tage der Erinnerung
vorüber, jetzt müssen die Tage der Tat
kommen. Jetzt gilt es die Kraft, die wir aus dem
Rückblick über die Vergangenheit neu erworben
haben, zum Nutzen der Organisation zu verwen-
den. Sonst hätten die Feiern ihren Zweck ver-
fehlt. Wir durchleben eine für das deutsche Volk
überaus schwere und ernste Zeit. Wilder als je
stürmen die Heerfahren der Feinde gegen die
Fronten an, und im Innern alles andere als

Einigkeit und Geschlossenheit! Da wollen wir als
Arbeiterorganisation, der das Wort national
nicht nur eine leere Redensart ist, beweisen, daß
wir uns unserer Pflichten gegenüber dem Vater-
lande voll und ganz bewußt sind. So schwer die
Opfer sind, die wir haben auf uns nehmen müssen
und die uns sicherlich auch weiter in noch zuge-
muet werden, wir lassen den Glauben an die Ge-
rechtigkeit der deutschen Sache und an eine bessere
Zukunft nicht sinken. Wir sind noch wie vor ent-
schlossen, bis zu einem ehrenvollen Friedensschluß,
der uns Ruhe, Sicherheit und Existenzmöglich-
keiten gewährleistet, durchzuhalten und in Geduld
und Ausdauer auf uns nehmen, was unvermeidlich
getragen werden muß. Wir verlangen aber dabei,
daß die Opfer und Entbehrungen gemeinsam ge-
tragen werden, daß nicht einzeln bevorrechtigte
Schichten sich schadlos halten auf Kosten der
Widerbenittelten. Wir fordern ferner einen
freibeitlichen Ausbau im Innern, der die von der
geanteten Arbeiterchaft ererbte Gleichberechti-
gung anbahnt. Findet sie mit diesen Wünschen
Behör und Entgegenkommen, dann wird die
deutsche Arbeiterchaft auch nicht erlahmen in dem
Willen, alles daranzusetzen, daß unsern Selb-
grauen alles zur Verfügung steht, was sie zu ihrem
und des Vaterlandes Schutz gebrauchen. Die Deut-
schen Gewerksvereine werden es insbesondere an
treuer Pflichterfüllung nicht fehlen lassen. Ihre
Mitglieder werden gleichzeitig aber nichts unter-
lassen, was geeignet ist, ihre Reihen und damit
ihren Einfluß in der Arbeiterchaft zu stärken.
Das Verbandsjubiläum wird diese Entschlossen-
heit bestimmt vermehrt haben. Sehen wir je jetzt
in die Tat um. Wir dienen damit dem Vater-
lande, der Arbeiterchaft und unserer Organisa-
tion. Also auf zur Tat für die Deut-
schen Gewerksvereine!

Der Arbeiterjahrgang in den Munitionsbetrieben.

Die schweren Unfälle in den Betrieben zur Her-
stellung und Verarbeitung von Sprengstoffen
haben wiederholt Anlaß gegeben, im Reichstag auf
eine Anordnung besserer Arbeiterchuvorrichtungen
und durchgreifende Betriebsüberwachung hinzu-
wirken. Der schwere Unfall in Wlauen im Juli
d. Js. hat erneut Anlaß, die Frage zu erörtern.
Die Generalkommission der Gewerkschaften wandte
sich deshalb an das Reichswirtschaftsamt mit dem
Ersuchen, in einer persönlichen Aussprache die
Maßnahmen zu prüfen, die notwendig sind, ähn-
liche schwere Unglücksfälle, insbesondere wie sie
auch schon vorher in Tetmold, in Sodenhausen
bei Frankfurt a. M. und anderen Orten sich ereig-
neten, zu verhindern. Die Aussprache fand unter
Hinzuziehung der Vertreter der übrigen Gewerk-
schaften und auch der Deutschen Gewerksvereine am
18. September im Reichswirtschaftsamt statt.

Von den Arbeitervertretern wurde unter Hin-
weis auf die mangelhafte Einrichtung des Betrie-
bes Wlauen dargelegt, welche Mängelungen in der
Ueberwachung und den Betriebsrichtungen not-
wendig sind. Es müsse die zentrale Aufsichtsstelle
im Kriegsamt allgemeine Anordnungen er-
lassen über Sicherheitsvorrichtungen gegen Feuer-
und Explosionsgefahren. Diese Anordnungen
sollten in den Betrieben zum Aussehen kommen,
damit die Arbeiter selbst eine Ueberblick darüber
gewinnen und mit ihr die Unerkennung Sorge
tragen können. Zu den Ueberwachungs-
aufgaben, die dauernd die Betriebe zu kont-
rollieren haben, müssen Vertreter der Ar-

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen. Der Deutsche Wohnungsansicht hat vor kurzem eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden Mieterchutzrichtungen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkenswert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Ortsgruppen der befragten Organisationen ergibt sich, daß fast in allen Gegenden des Deutschen Reiches — namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Sachsen, Schlesien und Groß-Berlin — wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen worden sind, und daß weitere Mietpreisbörhungen bevorstehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn bewegen sich danach zwischen 10 und 60 Prozent und betragen durchschnittlich etwa 20—25 Prozent der Mieten vor dem Kriege; die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 Prozent der bisherigen Miete und betragen durchschnittlich etwa 10—15 Prozent. In Einzelfällen sind Steigerungen von 60 bis 100 Prozent zu verzeichnen.

Die allgemeinen Steigerungen wurden meist angeregt durch Hausbesitzervereine. Aus B o c h u m wird berichtet, daß diejenigen Hausbesitzer, die mehrere Häuser besitzen, an erster Stelle vorzugehen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach nur kurzfristig abgeschlossen, oder aber es wurden, wie aus K ö n i g s h ü t t e berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffelnungen von Mietsteigerungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgezogen. Die größten Steigerungen wurden bei Neubewertern erzielt. In zahlreichen Orten haben aber viele Neubewertungen stattgefunden müssen, weil ganze Straßenzüge von Wohnhäusern zu hohen Preisen von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königshütte, Bismarck und Senftenberg berichtet werden, haben anscheinend eine große Wohnungssteuerung hervorgerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, in anderen Orten größere Wohnungen von der Mehrzahl der genannten Bezirke sind aber die Mieten aller Wohnungen erhöht worden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Stille.

Nach zahlreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmanqels und der Schwierigkeiten des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Besitze der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen daher die verlangte Mietsteigerung, ja sie bieten öfters sogar selbst höhere Mieten an, um sich vor Kündigung zu sichern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Mieteinigungsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Vielfach sind auch die betroffenen Mieter (Kriegsfrauen) geschäftlich zu ungewandt, um die richtigen Abwehrmittel anzuwenden. Aus einzelnen Städten wird berichtet, daß sich das Mieteinigungsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Ueberlastung der Ämter gesprochen. In den meisten Antworten werden aber die bestehenden Mieterchutzrichtungen als unzureichend bezeichnet, und die Verschärfung der Mieterchutzgebung durch die Verordnungen der selbstvertretenden Generalkommandos werden lebhaft begrüßt.

Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, daß sich in fast allen Gegenden Deutschlands auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 Mietsteigerungen allgemeineren Umfangs durchgeführt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

Aus dem Verbands.

Berlin. In drei von der Sozialen Kommission einberufenen Versammlungen begannen am 18. September die Gewerkevereinsmitglieder von Groß-Berlin die Feier des 50jährigen Bestehens unserer Gesamtorganisation. Das auf der Tagesordnung stehende Thema: Die Deutschen Gewerkevereine in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft behandelten die Kollegen Bergmann, und Zukunft behandelten die Kollegen Bergmann, Gleichauf, Hartmann, Jordan, Levin, Muraich, R. Schumacher, Fr. Silbermann und Sturm. Folgende Entschlüsse wurden in den Versammlungen einstimmig angenommen:

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und ihre Einwirkung auf die Gestaltung der deutschen Arbeiterbewegung haben erwiesen, daß die bei der Gründung der Deutschen Gewerkevereine (D.G.V.) maßgebenden Leitgedanken als durchaus richtig und zweckmäßig angesehen werden müssen.

Die Deutschen Gewerkevereine werden daher auch in der Zukunft bemüht sein, getreu ihren bewährten Grundsätzen, die Geschlechter der Arbeitnehmer jeder Art im Staat, in der Gesellschaft und im Arbeitsverhältnis mit aller Entschiedenheit der Bewusstseinsnäher zu bringen. Sie werden unentwegt eintreten für die kulturelle Förderung der Arbeiterinteressen, für den Ausbau des gewerkschaftlichen Einigungsweins mit einem Reichsinigungsamt als Spitze, für die Schaffung eines der Neuzeit entsprechenden Arbeitsrechts, für die Förderung des Arbeiterkampfes und den Ausbau der sozialen Versicherung.

Durchdrungen von der in der Kriegszeit noch erstarkten Ueberzeugung, daß jedes Volk die Befreiung seiner Lebens- und Kulturbedürfnisse mit eigenen Kräften zu fördern bemüht sein muß, daß zur Lösung dieser Aufgabe alle Schichten herangezogen werden müssen und daß nur bei freierwilliger Gestaltung des Staatslebens eine solche Mitwirkung zu erzielen ist, werden die Deutschen Gewerkevereine an ihrer freischheitlich-nationalen Grundlag festhalten, ihre parteipolitische Unabhängigkeit und religiöse Neutralität wahren.

Zur wirksamen Durchführung dieser Grundlag richtet die Versammlung an alle Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung, sich rege am öffentlichen Leben zu betätigen und jederzeit von ihren Staatsbürgerrechten Gebrauch zu machen, namentlich auch an dem Kampf für ein gleiches Wahlrecht in Preußen teilzunehmen. Die Versammlung hält es ferner für die Pflicht aller Mitglieder der Deutschen Gewerkevereine, raitlos und tatkräftig im Sinne dieser Entschlüsse zu wirken, für die Förderung und Vertiefung der Gewerkevereinsgrundlag in der Arbeiterschaft unablässig tätig zu sein und die Stärkung der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder mit Entschiedenheit zu betreiben.

Alle auf freischheitlich-nationalen Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch nicht Mitglieder einer Organisation sind, werden aufgefordert, ihre Zurückhaltung aufzugeben und ihre Organisationspflicht durch Anschluß an die Deutschen Gewerkevereine zu erfüllen.

Berlin. Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule wird im Oktober dieses Jahres mit einem nach vielen Richtungen erweiterten Ausbau ihres Vorlesungsweins an die Öffentlichkeit treten. Im Rahmen ihrer bisherigen Vorlesungsgebiete hat sie besonders die literaturgeschichtlichen, die handelswissenschaftlichen und medizinischen Vorlesungen vermehrt und ausgebaut. Einige Vortragsreihen werden vaterländische Gegenwärtigen und Aufgaben behandeln.

Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule hat auch neue Bildungsrichtungen ins Leben gerufen; so sind Seminare zur Vertiefung der gewonnenen Bildung für vorgezeichnete Höher eingerichtet worden, ferner wissenschaftliche Filmvorträge, die den Film praktisch in den Dienst des Volkshochschulwesens stellen. Endlich werden in einer Sondervorlesungsreihe über die großen Wirtschaftskrisen der Gegenwart und Zukunft von führenden Männern der Wirtschaftswissenschaften und Praxis das für und Wider der uns bewegenden Probleme dargestellt werden.

Die Vorlesungsberichte erscheinen Mitte September und sind, ebenso wie die Vorträge, an den Theaterkassen von Tisch im Kaufhaus des Westens, in Buchhandlungen und im Verbandsbüro erhältlich. Hauptbüro C. 2, Neue Friedrichstr. 53-56, II, Ztr. 4690.

Reuwich. Der hiesige Ortsverband beschäftigte sich am Sonntag, den 15. September 1918 in Niederbieber auf einer stark besuchten Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute mit den gegenwärtigen unzulänglichen Ernährungsverhältnissen. Vertreten waren die Ortsvereine: Altwied, Jülich, Mülhofen, Reuwich, Niederbieber, Oberbieber, Neugendorf, Rheinbrohl, Hohenbach und Bollenborn. Nach einem Vortrage des Bezirksleiters K e c h e r und daran anschließender sehr lebhafter Aussprache wurde nachfolgende Entschlüsse einstimmig angenommen, die der Vorstand dem Regierungspräsidenten und dem Landrat zur weiteren Veranlassung zu unterbreiten aufgefordert wurde:

Die gegenwärtige Versorgung mit Brot, Kartoffeln, Fett und Fleisch ist zum Lebensunterhalt gänzlich unzureichend. Um den recht hohen Anforderungen im Arbeitsverhältnis nachkommen zu können, kann auch die erwerbstätige Bevölkerung sich dem Schleichhandel nicht entziehen. Je mehr die öffentlichen Wirtschaftsstellen die Verbrauchsstation beschränken, um so größeren Umfang nimmt der Schleichhandel mit seinen unerhörten Wucherpreisen an. Durch eine entsprechende Erhöhung der Ration würde der Schleichhandel erheblich eingedämmt werden.

Im vaterländischen Interesse ist die Arbeiterschaft gewillt mit durchzuhalten. Um aber bei den noch fortgesetzten steigenden Anforderungen an die Arbeitsleistungen dieses Durchhalten auch zu ermöglichen, und die Arbeiterschaft vor einem vorzeitigen Zusammenbruch zu bewahren, ist die Erhöhung der Bodenration auf mindestens 4 Pfund gutes Brot und 10 Pfund Kartoffeln sowie die Zuteilung von mehr Nahrungsmitteln oder Teigwaren unbedingt erforderlich.

Die sogenannten fleischlosen Wochen legen der erwerbstätigen Bevölkerung weitere Entbehrungen auf, da die zugelegten Ersatznahrungsmittel völlig unzureichend sind. An Stelle des entzogenen Fleisches müssen mehr eiweißhaltige Nahrungsmittel, wie Hülsenfrüchte, Mehl und Teigwaren zuteilt werden. Insbesondere auch der Fettmangel beeinträchtigt die Arbeitsleistungen in erheblichem Maße und ist eine erhöhte Zuweisung

an Fett oder Öl erforderlich. In Anbetracht der Ernährungsnot ist eine erhöhte Zuteilung zu ermöglichen, wenn die zuständigen Stellen rücksichtslos bei Erzeugung, Weiterverarbeitung und Verteilung zugehen.

Für den notwendigen Ersatz unentbehrlicher Kleidungsgegenstände müssen die unerschwinglichen Vantapreise gezahlt werden. Der wucherischen Ausbeutung der Verbraucher bei Kleibern, Wäsche und Schuhen muß seitens der behördlichen Stellen mehr als bisher entgegengetreten werden, um der gerade aus diesen Ursachen zunehmenden Mitleidung der Voten zu entgegen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft sind mehr als bisher bei den Beratungen der landes- und kommunalen Ernährungsorgane zuzuziehen.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Abrechnungsbericht.

Grefeld (Ortsverband). Stefan Kaczmarek, Vorsitzender, Fiedlerstr. 66; Ludwig Kreis, Schriftführer, Gladbacherstr. 218; Chr. Stebens, Kassierer, Grefeld-Damm, Weitenbachstr. 50.

Oßen (Ortsverband). Joh. Partzsch, Schriftführer, Oßen-W. Windmühlstr. 75; Fried. Walzer, Kassierer, Mittelstr. 16.

Sagen i. B. (Zigaretten- u. Tabakarb.). Heinrich Kengel, Schriftführer, Hierlohnstr. 5.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Technik für Alle — Technik und Industrie. Monatschrift für Elektrotechnik, Bau- und Maschinenbau, Bergbau usw. Jahrgang 1918/19. Nr. 1/3. Jährlich 12 Hefte. Preis vierteljährlich 1,45 M., jährlich 5 M. Verlagsanstalt, Stuttgart.

Die jede Kriegsfamilie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Wie beschafft man sich Kapital und Hypothek. Praktische Winke für Kaufwütige. Der Hausgarten. Ein Nadeln zum Zeit- und Planmachen von Agl. Pantin-Jochter. F. Jür und B. Kahn, Bezirksleiter für den Weberaufbau in Odenweizen. Mit 160 Abbildungen. Hausplanen u. Preis 4 M. Heimkultur-Verlag, G. m. b. H., Wiesbaden.

Der Krupp'sche Kleinwohnungsbau. Mit: 150 Bilderstafeln und vielen Textabbildungen. Herausgegeben von der Gesellschaft für Heimkultur G. B. in Wiesbaden. Mit beiliegendem Text der Bauberechtigungsstelle Dr.-Ing. Hermann Deder, Düsseldorf. 2. Fortausstellung 15 Teile zu je 1 M. (Borto 10 Pf.). Nach Erscheinen vollständig gebunden 16 M. (Borto 50 Pf.). Heimkultur-Verlag, Wiesbaden.

Das arbeitsloseste Existenzminimum in Straßburg 1906—1910. Von Dr. Kurt Plaum, Straßburg i. Elz. 27 Seiten stark. Preis geb. 0,50 M. Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. N. Schulz u. Co., 1918.

Karl Marx. Versuch einer Einführung von Dr. A. Billbrant, Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen. (135 S.). (Aus Natur und Geisteswissenschaft. Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlich bearbeiteter Darstellungen. 621. Bänden.) G. B. M. 1,20, geb. M. 1,50. Verlag v. B. Teubner, Leipzig.

Die katholischen Arbeitervereine als kirchliche Hilfsvereine. Von Dr. Otto Müller. Preis 1,25 M. Volksvereins-Verlag G. m. b. H., R.-Gladbach.

Behördliche Maßnahmen zur Arbeitsvermittlung im Kriege. Herausgegeben vom Büro für Sozialpolitik. Vaterländische Verlags- und Anstalt, Berlin SW. 61.

Wie gewinnen wir unser Volk für gute Literatur? Ein Werbe- und Mahnruf für alle, die unser deutsches Volk lieben. Von Friedrich Wilhelm Breßel. Preis 1,25 M. Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. Bad Nauhan-Lahn.

Die Bibliothek der Gehe-Stiftung zu Dresden. 1917. Systematisches und alphabetisches Zuwachsverzeichnis nebst Jahresbericht.

Demokratische Forderungen und deutsche Freiheit. Von Dr. August Beyer. Preis 1 M. Volksvereins-Verlag G. m. b. H., R.-Gladbach.

Ueberlicht über die Deutsche Geschichte 1871—1914. (Staatsbürger-Bibliothek Heft 89) Preis 45 Pf. Volksvereins-Verlag G. m. b. H., R.-Gladbach.

Unzigen-Teil.

Zur Feier

unseres Verbands-Jubiläums

empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:

das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts:

Dr. W. Dirsch,

händlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus dem letzten Lebensstagen) in seinem Kupferdruck 10x20 cm groß, zum Preise von 60 Pf. Der Betrag muß vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Weiswasserstr. 221-23 eingekandt werden.

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erzheint jeden Sonnabend.
Abonementpreis 0,75 Mk.;
einzelne Heftung durch den Briefträger
ins Haus 15 Pf. mehr.
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstands
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1915)
Berlin N.O. 55, Großschloßer Straße 22/23.

Anzeigen zu Folge:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 20 Pf.
Pensionsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reklamen und Spalten:
Berlin N.O., Großschloßerstraße 22/23.
Gesamtwort: Kurt Hagedorn, Nr. 232.

Nr. 53/54.

Berlin, Sonnabend, 5. Oktober 1918.

Zwanzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Aufruf! — Unser Verbandsjubiläum. — Der Arbeiterjahrgang in den Munitionsbetrieben. — Noch mehr Reichslose Wochen! — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Briefkasten. — Literatur.

Aufruf!

„Es wird das Jahr stark und scharf hergehn. Aber man muß die Ohren steifhalten, und Jeder, der Ehre und Liebe fürs Vaterland hat, muß alles daran setzen.“ Dieses Wort Friedrichs des Großen müssen wir uns mehr denn je vor Augen halten. Ernst und schwer ist die Zeit, aber weiterkämpfen und wirken müssen wir mit allen Kräften bis zum ehrenvollen Ende. Mit voller Wucht stürmen die Feinde immer aufs neue gegen unsere Front an, doch stets ohne die gewollten Erfolge. Angesichts des unübertrefflichen Heldentums draußen sind aber der Daheimgebliebenen Kriegskleiden und Entbehrungen gering. An alles dies müssen wir jetzt denken, wenn jetzt das Vaterland zur 9. Kriegsanleihe ruft. Es geht ums Ganze, um Heimat und Herd, um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes. Daher muß jeder Kriegsanleihe zeichnen!

Unser Verbandsjubiläum.

Zweifellos hat es der Feier unseres Verbandsjubiläums Abtrag getan, daß es mitten in das Toben des Weltkrieges fiel und noch dazu in eine Zeit größter Hochspannung nicht nur an der äußeren, sondern auch an der inneren Front. Und doch können wir mit dem Verlauf zufrieden sein. Nicht nur innerhalb unseres Verbandes hat man sich der hohen Bedeutung des Festes bewußt gezeigt, auch außerhalb unserer Gemeinschaft hat man die Pionier- und Kulturarbeit der Deutschen Gewerksvereine mit gebührender Anerkennung gewürdigt, wobei es naturgemäß nicht ausbleiben konnte, daß hier und da ein agnerisches Organ auch einmal mit einem abfälligen Urteil auf dem Plan erschien, daß es die Läßlichkeit und den Erfolg der Deutschen Gewerksvereine herabzumindern verdrüßte.

Eingeleitet gewissermaßen wurde die Jubiläumssfeier durch die Herausgabe der von unserm Verbandsvorstand verfaßten Festschrift: „Zwanzig Jahre Deutsche Gewerksvereine (Hirsch-Dunker)“, die in der Öffentlichkeit weitgehende Beachtung und — wieder mit bereits angedeuteter Einschränkung — freundschaftliche Aufnahme gefunden hat. Die Fachorgane der einzelnen Gewerksvereine sind zum Teil als Festnummern erschienen und haben nicht nur in der Ausgestaltung, sondern auch im Inhalt dem wichtigsten Zeitpunkt gerecht zu werden sich bemüht. Allenfalls im Reiches haben dem Ernst der Lage angemessene Festveranstaltungen oder auch nur Versammlungen stattgefunden, in denen zum Teil von der Verbandsleitung entsandte Vertreter die Festsprache hielten. Soweit die uns bisher zugegangenen Berichte, auf deren Veröffentlichung im Zeichen des Papiermangels leider verzichtet werden muß, erkennen lassen, haben sich

diese Veranstaltungen in ihrer überwiegenden Mehrzahl einer überaus zahlreichen, die Erwartungen vielfach weit übersteigenden Beteiligung zu erfreuen gehabt. Sie werden deshalb auch zur Stärkung der Ueberzeugungstreue der Mitglieder und zur Festigung ihres Willens, auch in der Zukunft für die Verbreitung unserer Ideen energisch einzutreten, ein gut Stück beitragen. In Berlin, das als Sitz der Verbandsleitung besonders hervorgehoben sein möge, fanden am 18. September in drei Stadtteilen sehr gut besuchte Festveranstaltungen statt, denen sich am 28. September, dem eigentlichen Gründungstage, im Verbandshaus noch eine besondere Feier in sämtlichen Sälen angeschlossen. Am Vormittag war von Vertretern der Verbandsleitung, denen sich Kollegen aus den einzelnen Hauptverbänden zugesellt hatten, auf der Grabstätte unseres vereinigten Anwalts Dr. Max Hirsch ein prächtiger Kranz als Zeichen der Erinnerung und Dankbarkeit niedergelegt worden.

Daß die Veranstaltungen fast durchweg einen ausgezeichneten Verlauf genommen haben, beweist am besten die Berichterstattung der Tagespresse, die überall, zum Teil recht ausführliche Notizen darüber gebracht hat. Wir haben in diesem Falle überhaupt, wie man zu sagen pflegt, eine „gute Presse“ gehabt, da die Tageszeitungen sich nicht auf die Versammlungsberichte beschränkten, sondern ausführliche Aufsätze über das Wesen und die Ziele unserer Organisation brachten, die Sozialpolitiker, Parlamentarier usw. zu Verfässern hatten. Natürlich fehlt es auch nicht an Mißtönen. Verschiedene sozialdemokratische Blätter haben es sich nicht verüben können, auch bei dieser Gelegenheit ihr Gift gegen die Gewerksvereine zu verspritzen. Wir sehen daran mit gebührender Achtung vorüber. Auch in der Presse der freien Gewerkschaften finden sich vereinzelt Rückfälle in die alten üblen Gewohnheiten. Namentlich hat es den betreffenden Herrschaften die anschließung des Jubiläums natürlich besonders hervorgehobene Aufgabe angetan, daß die Anschauungen der Deutschen Gewerksvereine mehr und mehr sich in der Arbeiterbewegung durchzusetzen haben, daß sie Gemeingut der deutschen Arbeiterschaft überhaupt geworden sind. Das will man auf freigewerkschaftlicher Seite nicht wahrhaben; deshalb sucht man verschiedentlich mit Wischen und Mäuschen darüber hinwegzukommen. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften wärmt sogar den alten Kohl wieder auf, Dr. Hirsch habe mit seiner Gründung das politische Ziel verfolgt, die Arbeiter bei der Fahne der Fortschrittspartei zu halten, und die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit verkündet. Beide Behauptungen sind unzählige Male als falsch erwieben worden, so daß es zwecklos wäre, wollten wir heute diesen Beweis noch einmal erbringen. Bei der nächsten Gelegenheit würden jene den tatsächlichen Verhältnissen widersprechenden Behauptungen doch wieder aufgestellt werden. Deshalb lassen wir uns die Genugtuung über den würdigen Verlauf unseres Verbandsjubiläums nicht beeinträchtigen.

Nun aber sind die Tage der Erinnerung vorüber, jetzt müssen die Tage der Tat kommen. Jetzt gibt es die Straft, die wir aus dem Rückblick über die Vergangenheit neu gewonnen haben, zum Nutzen der Organisation zu verwenden. Sonst hätten die Feiern ihren Zweck verfehlt. Wir durchleben eine für das deutsche Volk überaus schwere und ernste Zeit. Wider als je stimmen die Meeresharen der Feinde gegen die Fronten an, und im Innern alles andere als

Einigkeit und Geschlossenheit! Da wollen wir als Arbeiterorganisation, der das Wort national nicht nur eine leere Redensart ist, beweisen, daß wir uns unserer Pflichten gegenüber dem Vaterlande voll und ganz bewußt sind. So schwer die Opfer sind, die wir haben auf uns nehmen müssen und die uns jederzeit auch weiterhin noch zugemutet werden, wir lassen den Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Sache und an eine bessere Zukunft nicht sinken. Wir sind noch wie vor entschlossen, bis zu einem ehrenvollen Friedensschluß, der uns Ruhe, Sicherheit und Existenzmöglichkeiten gewährleistet, durchzuhalten und in Geduld und Ausdauer auf uns nehmen, was unvermeidlich getragen werden muß. Wir verlangen aber dabei, daß die Opfer und Entbehrungen gemeinsam getragen werden, daß nicht einzeln bevorrechtigte Schichten sich schadlos halten auf Kosten der Minderbemittelten. Wir fordern ferner einen freigeilichen Ausbau im Innern, der die von der gesamten Arbeiterschaft ererbte Gleichberechtigung anbahnt. Findet sie mit diesen Wünschen Gehör und Entgegenkommen, dann wird die deutsche Arbeiterschaft auch nicht erlauben in dem Willen, alles daranzusetzen, daß unsern Feldgrauen alles zur Verfügung steht, was sie zu ihrem und des Vaterlandes Schutz gebrauchen. Die Deutschen Gewerksvereine werden es insbesondere an treuer Pflichterfüllung nicht fehlen lassen. Ihre Mitglieder werden gleichzeitig aber nichts unterlassen, was geeignet ist, ihre Reihen und damit ihren Einfluß in der Arbeiterschaft zu stärken. Das Verbandsjubiläum wird diese Entschlossenheit bestimmt vermehrt haben. Sehen wir sie jetzt in die Tat um. Wir dienen damit dem Vaterlande, der Arbeiterschaft und unserer Organisation. Also auf zur Tat für die Deutschen Gewerksvereine!

Der Arbeiterschutz in den Munitionsbetrieben.

Die schweren Unfälle in den Betrieben zur Herstellung und Verarbeitung von Sprengstoffen haben wiederholt Anlaß gegeben, im Reichstag auf eine Anordnung besserer Arbeiterschutzvorschriften und durchgreifende Betriebsüberwachung hinzuwirken. Der schwere Unfall in Wlaven im Juli d. Js. bot erneut Anlaß, die Frage zu erörtern. Die Generalkommission der Gewerkschaften wandte sich deshalb an das Reichswirtschaftsamt mit dem Ersuchen, in einer persönlichen Aussprache die Maßnahmen zu prüfen, die notwendig sind, ähnliche schwere Unglücksfälle, insbesondere wie sie auch schon vorher in Detmold, in Sachenhäusen bei Frankfurt a. M. und anderen Orten sich ereigneten, zu verhindern. Die Aussprache fand unter Einziehung der Vertreter der übrigen Gewerkschaften und auch der Deutschen Gewerksvereine am 18. September im Reichswirtschaftsamt statt.

Von den Arbeitervertretern wurde unter Hinweis auf die mangelhafte Einrichtung des Betriebes Wlaven dargelegt, welche Mängel in der Ueberwachung und den Betriebsbedingungen notwendig sind. Es müsse die zentrale Aufsichtsstelle im Kriegsamt allgemeine Anordnungen erlassen über Arbeitssicherheitsmaßnahmen gegen Feuer- und Explosionsgefahren. Diese Anordnungen sollten in den Betrieben zum Auskang kommen, damit die Arbeiter selbst eine Ueberblick darüber gewinnen und mit für die Innehaltung Sorge tragen können. Zu den Ueberwachungs-ausschüssen, die dauernd die Betriebe zu kontrollieren haben, müssen Vertreter der Ar-

ziehung von jugendlichen Arbeitern gänzlich unterläßt werden. Die Affordarbeit in solchen Betrieben aufhören, weil sie leicht dazu verführt, in der Art der Arbeit notwendige Sicherheitsvorschriften unbeachtet zu lassen. Eine wesentliche Ursache der Unglücke dürfte sein, daß ungeschulte Personen, die mit der Gefahr des Betriebes nicht vertraut sind, zur Arbeit herangezogen werden. Hier muß dringend gefordert werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen die nötige Aufklärung erhalten, sowohl durch Uebersetzung von Merkblättern wie auch durch mündliche Unterweisung. Bei der bisherigen Uebersetzung der Betriebe gewinnt man den Eindruck, als ob die Uebersetzungsausschüsse, in denen die Vertreter der Militärverwaltung einen bestimmenden Einfluß haben, mehr darauf sehen, daß die Produktion gefördert wird und erst an zweiter Stelle die weniger effiziente Kontrolle des Arbeiterausschusses betreiben. Hier scheint es geboten, daß das Reichswirtschaftsamt als die zuständige Stelle einen größeren Einfluß gewinnt.

Für die Betriebe, in denen Nitrobenzol hergestellt oder verarbeitet wird, wurde gleichfalls die Beachtung ähnlicher Sicherheitsvorschriften gefordert und hinzugefügt, daß die Gase, die in diesen Betrieben entstehen, eine besondere Gefahr für Leben und Gesundheit der dort Beschäftigten bieten. Hier sei eine eingehende Belehrung der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen darüber notwendig, welche Vorsichtsmaßnahmen geboten sind, um die Gefahr abzuwenden. Auch würde es sich empfehlen, daß jeder Beschäftigte ein Merkblatt erhält, auf dem er sich darüber belehren kann, wie er sich am besten gegen die Gesundheitschädigung in diesen Betrieben schützt. Ferner sei eine dauernde ärztliche Kontrolle der Arbeiter notwendig und kranke Arbeiter müßten von der Beschäftigung ausgeschlossen werden.

Von den Vertretern des Reichswirtschaftsamts, des Kriegsamt und des preussischen Handelsministeriums wurde gleich den Vertretern der Gewerkschaften das Bedauern ausgedrückt über die Unfälle, die soviel Opfer gefordert haben. Man ist damit beschäftigt, die Arbeitervorschriften zu erweitern. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es während des Krieges bei der sofort einsetzenden ungeheuren Steigerung der Sprengstoff- und Munitionsfertigung nicht möglich war, dazu durchweg neue, allen im Frieden geltenden Forderungen entsprechende Anlagen zu errichten, sondern daß dafür vielfach bestehende und bisher zu anderen Zwecken verwendete Anlagen benutzt werden mußten, bei denen man sich vielfach mit vorläufigen Sicherheitsmaßnahmen begnügen mußte. Die zuständigen Stellen seien stets mit Nachdruck beehrt gewesen, einen möglichst weitgehenden Schutz der Arbeiter in den Sprengstoff- und Munitionsfabriken sicherzustellen. Zu dem Zweck wurde Anfang 1917 beim Kriegsamt eine besondere Zentralaufsichtsstelle eingerichtet, welcher die sachkundigen Vertreter der in Frage kommenden Behörden angehören. Ferner wurden bei den einzelnen Kriegsamtstellen Uebersetzungsausschüsse gebildet, die aus einem Sachverständigen der Kriegsamtstelle, dem zuständigen Regierungs- und Gewerberat und einem brandtechnischen Mitgliede bestehen. Ihre Tätigkeit wird von der Zentralaufsichtsstelle auf Grund einer besonderen Geschäftsordnung geregelt. Darin ist auch vorgehoben, daß die Uebersetzungsausschüsse zu ihren Arbeiten Vertreter der Berufsgenossenschaften und Vertrauensleute der Arbeiter hinzuziehen.

Die Sprengstoff- und Munitionsfabriken werden regelmäßig von den Uebersetzungsausschüssen besichtigt. Dabei werden die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen angeordnet und ihre Durchführung überwacht. Die Zentralaufsichtsstelle hat für die einzelnen Betriebsarten der Sprengstoff- und Munitionsherstellung besondere Richtlinien, Merkblätter herausgegeben, welche den Uebersetzungsausschüssen als Richtschnur bei ihren Revisionen dienen. Bei besonderen Anlässen werden die Betriebe von den Mitgliedern der Zentralaufsichtsstelle besichtigt. Auch die Kartuchieranstalt in Blauen, in der das beschaenwerteste Unglück vorgekommen ist, ist wiederholt von dem zuständigen Uebersetzungsausschuss besichtigt worden. Bereits vor 1 1/2 Jahren wurde eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen, darunter auch die Herstellung mehrerer Notausgänge in den beiden für den Kartuchierbetrieb benutzten Geschossen angeordnet und durchgeführt. Wenn trotzdem das Unglück in Blauen soviel Opfer forderte, so lag dies daran, daß der aus einer bisher unangeklärten Ursache ausgebrochene Brand sich in wenigen Sekunden durch die ganzen Betriebsräume

verbreitete und die Arbeiter größtenteils keine Möglichkeit mehr hatten, zu den Fenstern und Ausgängen zu gelangen. Diese bisartige Verbreitung des Feuers ist eine Erscheinung, die man noch den langjährigen Erfahrungen bei der Fertigung und Verarbeitung des in Betracht kommenden Stoffes nicht voraussehen konnte. Die in Blauen gemachten Beobachtungen gaben der Zentralaufsichtsstelle Anlaß, unverzüglich neue eingehende Vorschriften für solche Betriebe aufzustellen. Tarnach dürfen dafür in Zukunft nur noch einstöckige Gebäude und Räume, die zu ebener Erde liegen, benutzt werden. Die Arbeitsräume müssen weitgehend durch Brandwätern unterteilt werden, so daß das Ueberreifen eines Brandes von einem auf die anderen Räume nicht möglich ist. In jedem Arbeitsraum dürfen nur soviel Arbeiter beschäftigt werden, wie es der regelmäßige Fortgang des Betriebes erfordert; Explosivstoffe dürfen nicht darin gelagert werden. Jeder Mann muß an zwei gegenüberliegenden Seiten noch aufschaltende Türen und Fenster haben, die von innen ohne weiteres geöffnet werden können. Von der Zentralaufsichtsstelle ist ferner erneut angeordnet, daß allen feuergefährlichen Betrieben, welche ähnliche Stoffe verarbeiten, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Forderungen, die Arbeitern zur Belehrung über die Betriebsgefahren Merkblätter zu übergeben, werde Berücksichtigung finden. Die Forderung, daß in jedem Betrieb ein besonderer für die Sicherheitsmaßnahmen gedachter Aufsichtsbeamter vorhanden sein muß, ist bereits in mehreren Merkblättern vorgeschrieben. In das neueste Merkblatt sind auch Bestimmungen aufgenommen, welche diesen Aufsichtsbeamten gegenüber dem Unternehmer eine weitgehende Unabhängigkeit sichern.

Vertreter der Arbeiter sind bereits mehrfach zu den Arbeiten der Uebersetzungsausschüsse herangezogen. Es wird in noch größerem Umfang geachtet. Es wird aber wegen der großen Verschiedenheit der Sprengstoffbetriebe nicht immer leicht sein, geeignete Personen aus den Arbeiterkreisen hierfür zu finden. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde hierauf erwidert, daß es dabei weniger auf wissenschaftlich-technische Ausbildung, als vielmehr auf allgemein praktische Erfahrung sowie darauf ankommt, daß die Arbeitervertreter im Uebersetzungsausschuss das Vertrauen der Arbeitererschaft haben. An erster Stelle kämen die Gewerkschaftsleiter der gewerkschaftlichen Organisationen in Frage. Diesen Vertretern würde durch die Arbeitererschaft auch Kenntnis von Betriebsmängeln gegeben werden, die bei einer Revision nicht festgestellt werden können. Der von den Gewerkschaftsvertretern gemachte Vorschlag wird geprüft und nach Möglichkeit durchgeführt werden. Weiter wurde ausgeführt, daß für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, die gesundheitsschädliche Nitroverbindungen, besonders Dinitrobenzol herstellen oder verarbeiten, bereits eine dauernde ärztliche Kontrolle eingeführt ist, auch sind Merkblätter zur Ausgabe gelangt, die über das Verhalten der Arbeiter zum Schutze ihrer Gesundheit Anweisung geben. Die Arbeiter werden darüber auch durch Ärzte, Heilgehilfen und Schwestern belehrt. Etwas Besondere über mangelhafte Einrichtungen in Betrieben können die Arbeiter nach wie vor bei den zuständigen Gewerbeinspektoren anbringen, deren Tätigkeit in keiner Weise geändert oder eingeschränkt ist. Auch die Uebersetzungsausschüsse werden etwaige Beschwerden entgegennehmen.

Es ist zu erwarten, daß die Beratungen dazu beitragen werden, den Wünschen der Arbeiter Berücksichtigung zu sichern. Jedenfalls haben sie gezeigt, daß die zuständigen Stellen bereit sind, für die Abstellung von Mängeln sowie für weitere Verbesserungen der Betriebssicherheit zu sorgen.

Nach mehr fleischlose Wochen!

Die ersten fleischlosen Wochen haben wir glücklich hinter uns; eine weitere ist uns bis zum 1. November sicher in Aussicht gestellt, und wenn sich die fleischlosen Wochen voraussichtlich auch in den Monaten November, Dezember und Januar beibehalten werden müßten. Der Kundige weiß, daß dieses „voraussichtlich“ soviel bedeutet wie mit ziemlicher Gewißheit, und es befremdet keineswegs, wenn in Anbetracht dieser Ankündigung Stimmen laut werden, daß die fleischlosen Wochen allmählich zu einer dauernden Einrichtung werden sollen. Was wir, insbesondere die arbeitende Bevölkerung in dieser Zeit genießen sollen, darüber scheinen sich manche Kreise wenig Kopfzerbrechen zu machen. Der Vorschlag geht aus von der Landwirtschaft,

die von den fleischlosen Wochen am allerwenigsten veripiert. Daß die Bewohner der Großstädte, besonders die schwerarbeitende Bevölkerung, darunter nicht mit 3 Pfund Kartoffeln oder 1/2 Pfund Mehl als Ersatz auskommen kann, braucht nicht besonders betont zu werden, denn von trockenen Kartoffeln oder etwas Mehl kann man kaum seine Gesundheit, viel weniger seine Arbeitskraft aufrechterhalten. Der Kriegsausdruck für Kontinenteninteressen hat nicht Unrecht, wenn er demgegenüber sich auf den Standpunkt stellt, daß die Monumenten mit einigen fleischlosen Wochen sich abgefunden haben, weil sie die Notwendigkeit einsehen, unsere Viehstapel etwas aufzubessern. Man kann jedoch nicht einsehen, daß die fleischlosen Wochen wiederholt oder gar eine dauernde Einrichtung werden sollen, lediglich um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, mehr Vieh in den Schleichhandel zu bringen. In Bayern gab ja, wie der „Bayer. Kurier“ in Nr. 221 berichtet, eine bayerische amtliche Stelle bekannt, daß 400 000 Rinder im letzten Vierteljahr idwarz geschlachtet worden sind. Das Blatt fragt: „Wie viele Schweine mögen im gleichen Zeitraum um die Erde gegangen sein, wie viele tausende Zentner Schmalz, wie viele Millionen Eier? Durch dieses gemeinschädliche Treiben würde sehr bald unsere ganze Lebensmittelerzeugung über den Haufen gemorren werden. Natürlich schimpft das Blatt weidlich auf die „zahlungssträftigen Kriegsgewinnler und sonstigen Leute, die sich vom Nichtstun in den Sommerfröhen und Kurorten „erholen“ müssen“. Das ist richtig. Aber an diesem gemeinschädlichen Treiben haben nicht nur die Kriegsgewinnler, sondern auch die Landwirte Schuld. Wenn sie die 100 000 Rinder nicht zum Schwärzschlachten hergeben hätten, hätten die Kriegsgewinnler sicherlich kein Fleisch ohne Fleischkarte in den Restaurants bekommen. Wenn jetzt weitere fleischlose Wochen eingeführt werden sollen, dann würde lediglich damit erreicht, daß die Schwarzschlachtungen noch mehr zunehmen. Die minderbemittelte und schwerarbeitende Bevölkerung müßte also noch mehr entbehren, um den Kriegsgewinnlern die Möglichkeit zu geben, noch besser leben zu können. Es muß deshalb unbedingt gefordert werden, daß die fleischlosen Wochen nur dann wiederholt werden dürfen, wenn eine unabwendbare Notwendigkeit dafür vorliegt, d. h. wenn nachgewiesen wird, daß trotz restloser Erfassung des Viehes unser Viehstapel noch weiter erheblich abnimmt. Solange aber noch Vieh idwarz geschlachtet werden kann, solange noch Fleisch im Ueberflusse im Schleichhandel zu haben ist, solange man in Kurorten, in Pensionaten, in Restaurationen noch ohne Karten Fleisch haben kann, solange darf man der Bevölkerung nicht zumuten, fleischlose Wochen auf sich zu nehmen.

Allgemeine Rundschau

Freitag, den 4. Oktober 1918.

Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien und Konditorien steht ein Gesetzestwurf vor, der vom Bundesrat vor einiger Zeit dem Reichstag zugegangen ist. Wir haben den Inhalt bereits in einem längeren Artikel behandelt, den wir aber leider aus technischen Gründen bis zur nächsten Nummer zurückstellen müssen.

Herzen hoch! Es ist etwas Eigenartliches um unsere deutsche Seele. Draußen kämpfen unsere Feldgrauen mit dem Mut des Löwen. Dabei sinkt die Stimmung, sobald in die Reihe der glänzenden Siege einmal ein Rückschlag tritt, und so mancher hält englische Brunnentränkung für die reine Quelle. Gewiß haben uns unsere Feinde neue Ueberraschungen bereitet. Sie haben durch den massenhaften Einsatz neuer Tanks unsere Heeresleitung zur Zurückverlegung unserer zur Verteidigung weniger geeigneten Stellungen auf starke Positionen veranlaßt. Solche Ueberraschungsmomente kommen im Kriege bekanntlich vor und haben Erfolg. Sie wirken aber nur eine Zeit lang. So auch hier: Die triumphierenden Berichte unserer Feinde werden stiller. Die Lage ist wieder die alte, wir stehen in erprobter guter Stellung, weit draußen in Feindesland.

Wahr, sagen hierauf wohl die Kleinmütigen, aber schließlich sind viele Sunde doch des Safen Tod. Das wäre richtig, wenn unsere Feldgrauen Sockenfüße wären, und wenn die Feinde das Sockenpuder wählen würde an Stelle des feiblickenden, furchtlosen Adlers, den unser Reichsadler zeigt. Haben denn unsere Feldgrauen, hat denn Sinden-

Grüß Gott! Sie sind...
6 in nach...
stüffel...
zur stell...
ittert un...
ge...
diesen...
durch...
a be...
a n

